

Palästinenser-Ausstellung in der VHS gerät in Kritik

Deutsch-Israelische Gesellschaft beklagt Einseitigkeit

VON THORSTEN FUCHS

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) hat die Ausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ in der Volkshochschule scharf kritisiert. „Es handelt sich um eine tendenziöse Propagandaausstellung, die das Bild vom „bösen Israel“ malt und die Palästinenser ausschließlich als Opfer darstellt“, bemängelt Hannovers DIG-Vorsitzende Kay Schweigmann-Greve. Stadt und Organisatoren weisen die Vorwürfe zurück.

Die Ausstellung war am Sonntag im Foyer der VHS eröffnet worden, sie ist Teil des Festivals „Filistina“ mit Veranstaltungen über die Situation der Palästinenser. Erstellt wurde sie vor drei Jahren vom Verein „Flüchtlingskinder im Libanon“ mit Sitz nahe Tübingen. Seitdem wurde sie in mehr als 50 Städten gezeigt, zuletzt beim Ökumenischen Kirchentag. Ziel der Ausstellung sei es, Verständnis für die Situation und die Anliegen der Palästinenser zu wecken, betont Vereinsvorsitzende Ingrid Rumpf. Es sei ein Beitrag zu Frieden und Aussöhnung.

Die DIG kritisiert die Ausstellung als „extrem einseitig“. Es gehe nicht darum, Kritik an Israel generell zu unterbinden, betont Schweigmann-Greve. In der Aus-

stellung würden jedoch „Zitate aus dem Kontext gerissen und wesentliche Fakten verschwiegen“. Israel werde als „Fremdkörper im Nahen Osten“ dargestellt, als „illegitimes künstliches Gebilde“. Nicht erwähnt werde zum Beispiel die Nähe der Palästinenser zu den Nationalsozialisten in den dreißiger Jahren und die SS-Mitgliedschaft des damaligen Mufti von Jerusalem. „Das ist keine Aufklärung, sondern geschichtsfälschende Propaganda“, erklärt der DIG-Vertreter. Zugleich kritisierte er, dass in der VHS vorgedruckte Protestkarten an den israelischen Botschafter bereitgelegt hätten. Schweigmann-Greve fordert von der VHS eine distanzierende Erklärung als Zusatz zur Ausstellung. „Die VHS darf nicht zur Basisstation für Propaganda werden.“

Die Stadt verteidigt die Ausstellung. „Sie tourt seit drei Jahren durch Deutschland, wir halten sie für anerkannt“, sagte eine Sprecherin. Man sehe darin „kein Propagandainstrument“. Die Stadt lege zudem Wert darauf, „dass die berechtigten Anliegen beider Seiten Raum finden“. Zugleich distanzierte sie sich von Postkartenaktionen: „So etwas unterstützen wir nicht.“ Tatsächlich lag gestern Nachmittag kein entsprechender Vordruck in der Ausstellung.